

Die Finanzkrise

Das Geldvermögen ist ein Schuldenberg

Die Rolle der Banken

Die Geldschöpfung aus dem Nichts

Die Lücke im System

Zinsen gegen Konsum

Der Schweinezyklus

Die Spielverderber

Nur Kredite führen zu Wachstum

Die "Fed"

Die Macht der Banken

Neoliberalismus und freie Wirtschaft

Die Zinsen abschaffen?

Realwirtschaft und Finanzwirtschaft

Die Schere zwischen Arm und Reich

Deflation durch Verarmung

Zusammenfassung

Ausblick

Über die Finanzkrise wird mittlerweile täglich berichtet. Verbreitet werden allerdings überwiegend Untergangsszenarien, Märchen und Halbwahrheiten sowie Aussagen, die schlicht und ergreifend falsch sind.

Wer Verluste erlitten hat, schiebt die Schuld auf die "verlogenen und kriminellen Banker und Politiker", die uns alle reingelegt haben. Andere sehen die Ursache im Subprime-Desaster oder in der Lehman-Pleite. Vorhersehen konnte man die Krise angeblich sowieso nicht und nun muss den Banken unbedingt geholfen werden, damit die Realwirtschaft nicht zusammenbricht.

Es ist wirklich schlimm genug, dass keiner der ganzen Spitzenökonomien einschließlich US-Notenbankchef Bernanke die aktuelle Finanzkrise kommen sah. Schließlich hatten genug warnende Stimmen schon lange vorher auf die offensichtlichen Zusammenhänge hingewiesen. Die aktuellen Diskussionen zeigen jedoch, dass die meisten Politiker und Geldtheoretiker noch immer nicht verstehen, worum es wirklich geht. Da stellt sich natürlich die Frage, woher ausgerechnet diese Leute plötzlich wissen wollen, wie die Probleme nun zu lösen sind.

Zurück bleibt ein unangenehmes Gefühl. Weil wichtige Fragen offen bleiben, fehlt das Verständnis für die tieferen Zusammenhänge.

Anleger, Politiker und Wirtschaftsfachleute fragen sich, wo all das viele Geld geblieben ist, weshalb nun plötzlich derart hohe Beträge "zur Rettung" nötig sind und woher diese Gelder überhaupt kommen sollen. Das schürt natürlich die Angst vor dem, was noch alles auf uns zukommen kann. Aus diesem Grund möchte ich im heutigen Kommentar die wahren Ursachen und deren Auswirkungen auf den Punkt bringen.

Es ist an dieser Stelle unmöglich, sämtliche historischen, politischen, volkswirtschaftlichen und psychologischen Aspekte detailliert zu beschreiben. Das würde ein dickes und durchaus spannendes Buch füllen. In diesem Beitrag geht es ausschließlich darum, das Thema in stark vereinfachter Form so darzustellen, dass die grundsätzlichen Probleme vom Prinzip her richtig verstanden werden. Nur wer die wahren Zusammenhänge kennt, kann die richtigen Entscheidungen treffen. Ergänzungen finden Sie in den Kommentaren des Absolute Return Börsenbriefes.

Das Geldvermögen ist ein Schuldenberg

Geld ist weder einfach so da, noch bekommt jeder Mensch eine Grundausstattung an Geld zur Geburt geschenkt. Woher kommt also tatsächlich unser ganzes Geld?

Um Geld zu bekommen, müssen die Menschen arbeiten. Damit sie aber im Kapitalismus überhaupt arbeiten können, muss sich ein Unternehmer finden, der ihre Arbeitsleistung vorfinanziert, sich also irgendwann dafür verschuldet hat. Wenn der Staat, ein Unternehmen oder eine Privatperson "neues" Geld benötigt, wird dieses Geld also von den Banken als Kredit zur Verfügung gestellt. Nur so kann es in den Kreislauf gelangen.

Dieses Geld steht aber gleichzeitig demjenigen als Guthaben zur Verfügung, der es erhält. Es wechselt vielleicht mehrfach den Besitzer. Aber irgendwann gerät es an jemanden, der es anlegt.

Jedem Geldvermögen steht also ein ebensogroßer Schuldenberg gegenüber. Werden Schulden getilgt, verschwindet dieser Geldbetrag gleichzeitig aus dem Kreislauf. Es ist also solange weniger Geld vorhanden, bis wieder neue Schulden gemacht werden. Würden alle Menschen ihre Schulden tilgen, wäre kein einziger Cent an Geld mehr vorhanden. Insofern ist das zunächst einmal ein neutraler Vorgang. Die Schulden sind also grundsätzlich nichts Schlimmes. Kommen wir damit zu den Banken.

Die Rolle der Banken

Die meisten Menschen denken immer noch, dass die Banken so etwas wie Vermittler sind, die die Ersparnisse der Anleger nehmen und diese an andere Bürger als Kredite ausleihen. Dafür kassieren sie Zinsen und von den Zinsen geben sie den Sparern einen kleinen Teil ab.

Das ist leider nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich erschaffen die Banken fast unendlich viel Geld aus dem Nichts und verleihen es gegen Zinsen an Staaten, Unternehmer und Bürger.

Heute wird fast der gesamte Zahlungsverkehr direkt über Bankkonten abgewickelt. Die Beträge werden nur noch per Knopfdruck hin- und hergebucht. Bargeld spielt kaum noch eine Rolle. Das hat zur Folge, dass nicht einmal zehn Prozent der Gelder tatsächlich in bar ausbezahlt werden. Diesen Umstand machen sich die Banken zunutze. Schauen wir uns das an einem stark vereinfachten Beispiel an, wie das in der Praxis aussieht.

Die Geldschöpfung aus dem Nichts

Eine Bank wird neu gegründet. Die Investoren zahlen 1.111,12 Euro bei der Zentralbank ein. Da unsere neugegründete Bank noch keine Kunden hat, ist diese Einlage das einzige Guthaben der Bank.

Nun kommt der erste Kunde zur Bank. Er benötigt für ein neues Auto einen Kredit über 10.000 Euro. Weil die Banker wissen, dass nicht einmal zehn Prozent der Guthaben von den Konten abgehoben werden, darf die Bank den 9fachen Betrag des hinterlegten Guthabens von 1.111,12 Euro verleihen, also 10.000 Euro. Die Bank tippt den Betrag von 10.000 Euro in den Computer und der Kunde sieht die 10.000 Euro als Guthaben auf seinem Kontoauszug.

Der Kunde überweist diese 10.000 Euro an den Autohändler und bezahlt damit sein Auto. Bei der Bank des Autohändlers steht dieser neuerschaffene Kredit von 10.000 Euro nun als Guthaben zur Verfügung. Diese Bank hinterlegt davon 1.000 Euro als "Einlage" und darf nun ihrerseits einen Kredit in Höhe von 9.000 Euro vergeben.

Wenn diese 9.000 Euro Kredit wieder bei irgendeiner Bank eingezahlt werden, darf diese erneut einen Kredit in Höhe von 8.100 Euro erschaffen, usw., usw.. Erst wenn das Geld nicht wieder bei einer Bank landet, ist diese Kette zuende. Da aber heutzutage fast alles über irgendwelche Bankkonten läuft, geht das Spielchen immer weiter. Am Ende wurden so mit Hilfe einer echten Einlage von 1.111,12 Euro fast 100.000 Euro neues Geld als Kreditgeld erschaffen.

Die Banken kassieren also für den 90fachen Betrag Zinsen für Geld, welches sie überhaupt nicht haben. Sie verleihen Geld, welches sie weder besitzen (!) noch was ihnen als Guthaben (!) anvertraut wurde. Dieses Geld kommt aus dem Nichts!

In manchen Ländern liegt das vorgeschriebene Verhältnis von Schuldgeld zu Bargeld nur bei 20:1, bei 30:1 oder sogar bei Null! Banken können also in unserer globalisierten Welt im Prinzip soviel Geld künstlich erschaffen, wie wir uns leihen können. Bei den europäischen Banken soll das Verhältnis momentan (12/2008) bei etwa 35:1 liegen.

Die Schulden haben aber auch einen bekannten Nachteil: Für Schulden müssen Zinsen bezahlt werden.

Die Lücke im System

Sowohl die Schulden als auch die Guthaben werden verzinst. Ganz einfach formuliert muss die Guthabenzinsen, die ein Anleger erhält, letztlich ein anderer Bürger mit seinen Schuldzinsen bezahlen.

Dabei entsteht jedoch ein kleines Problem im System. Die Banken erschaffen nur die Kredite und stellen sie als Geldbetrag zur Verfügung. Sie erschaffen aber nicht den Teil, der für die Zinsen erforderlich ist. Der Geldbetrag, um die Zinsen zahlen zu können, ist im Gesamtsystem nicht vorhanden.

Da jeder Mensch jedoch nur Geld aus der gesamten vorhandenen Geldmenge entnehmen und nicht selbst drucken darf, können gar nicht alle Menschen ihre Schulden zurückzahlen. Die zusätzliche Menge Geld für die Zinsen wurde ja gar nicht erschaffen. Sie fehlt.

Besonders Hypothekenkredite oder Staatsschulden laufen sehr lange und brauchen weit mehr Geld für die Zinsen als für den Kredit selbst.

Und damit kommen wir zum ersten Problem: Die Zinsen haben zunächst einmal zur Folge, dass immer mehr zusätzliches Geld erschaffen werden muss. Die Wirtschaft muss also immer weiter wachsen.

Zinsen gegen Konsum

Der Zinseszinsseffekt würde aber wie bei einem Schneeballsystem bewirken, dass die Verschuldung immer steiler ansteigt. Aufgrund der begrenzten Ressourcen würde das System in kürzester Zeit wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. Damit das nicht geschieht, müssen Schulden auch wieder verschwinden können. Wie aber verschwinden Schulden wieder?

Der gängigste Weg ist der Konsum. Wenn Vermögen für Dinge ausgegeben wird, die "verkonsumiert" werden, also aus dem Kreislauf verschwinden, kann ein anderer mit diesem Geld seine Schulden bezahlen, die damit ebenfalls verschwinden. Außerdem muss dieses verkonsumierte Geld nicht mehr verzinst werden. Damit erzwingt es keine zusätzlichen Schulden mehr.

Die Zinsen lassen die Schulden also wachsen und der Konsum verringert die Schulden wieder. Weitaus unangenehmere Möglichkeiten zur "Entschuldung" sind Insolvenzen oder eine Währungsreform.

Wieso kommt es aber trotz des reichlichen Konsums zur Krise? Dazu machen wir einen Sprung in die Wirtschaft.

Der Schweinezyklus

Wenn die Preise für Schweinefleisch hoch sind, züchten die Bauern viele Schweine, weil sie einen möglichst hohen Gewinn erwirtschaften wollen. Das dadurch entstehende riesige Angebot bringt die Preise aber zum Einsturz. Also werden wieder deutlich weniger Schweine gezüchtet, weil sich das Geschäft bei den niedrigen Preisen kaum noch lohnt. Schweinefleisch wird wieder knapp, was die Preise wieder steigen lässt, und so weiter. Das nennt man den "Schweinezyklus". In der Bibel sprach man von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren. Heute nennt man das Auf- und Abschwung oder Boom und Rezession.

Diese ständigen Wechsel sind im Prinzip eine endlose Folge vieler kleiner Inflationen und Deflationen in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen, die sich durch Angebot und Nachfrage ausgleichen. Deshalb herrschen in einer freien Wirtschaft normalerweise stabile Preise. Soweit ist das also kein Problem. Leider gibt es jedoch zwei Spielverderber.

Die Spielverderber

Einer von den beiden ist der Staat. Der Staat will nämlich die Abschwünge nicht zulassen und greift in das Geschehen ein. Um die Auf- und Abschwünge etwas zu glätten, müsste er einfach in den fetten Jahren ein paar Euro von den Steuereinnahmen auf die Seite legen und diese in den mageren Jahren wieder investieren. Ersteres tut er aber nicht.

Da er die Abschwünge aber trotzdem verhindern will, verschuldet er sich, um mit diesem zusätzlichen Geld für zusätzliche Nachfrage zu sorgen. Wenn aber immer mehr Geld auf gleich viele Waren trifft, bedeutet das Inflation. Der Staat treibt folglich mit seinem Mehrangebot an Schuldgeld die Preise tendenziell hoch.

Ein Unternehmer in der freien Wirtschaft würde nun versuchen, seine Schulden schnellstmöglich durch Produktion und Verkauf von Waren oder Dienstleistungen in einen Gewinn zu verwandeln und seine Schulden so an andere weiterzureichen. Mit seinem zusätzlichen Warenangebot würde er für den ausgleichenden deflationären Effekt sorgen.

Der Staat tut das aber nicht, weder durch Leistung in Form eines preissenkenden zusätzlichen Angebots noch durch ausreichende Steuereinnahmen von den Bürgern. Würde er das tun, wäre der Effekt auch gleich Null, weil er das Geld sofort wieder aus dem Kreislauf entziehen würde. Da der Staat die Schulden also auflaufen lässt, fehlt grundsätzlich der deflatorische Ausgleich.

Damit sind wir beim zweiten Problem. Denn diese Verschuldung kann natürlich nicht endlos laufen, weil für die Schulden Zinsen gezahlt werden müssen. Wenn der Staat sich also in den guten Zeiten nicht wenigstens teilweise entschuldet, steigt der Anteil der Steuereinnahmen, die für Zinszahlungen draufgehen, immer weiter an. Für sinnvolle Ausgaben bleibt automatisch immer weniger Geld übrig. Spätestens, wenn die Steuern komplett für die Zinsen gebraucht werden, ist das Spiel zuende. Da der Staat bei den Steuereinnahmen aber recht kreativ ist und die Inflation normalerweise auch die Einkommen und somit die Steuereinnahmen steigen lässt, kann das ziemlich lange dauern.

Der Witz an der Geschichte ist, dass auf diese Weise ausgerechnet der Staat, der die ganz normalen und notwendigen kleinen Abschwünge nicht akzeptiert, genau dadurch für das große Desaster sorgt. Er sitzt unnötigerweise auf immer größer werdenden Schulden, die er irgendwann auf normalem Weg kaum noch los werden kann.

Nur Kredite führen zu Wachstum

Ein Wirtschaftsaufschwung kommt nur in Gang, wenn die Kreditschöpfung zunimmt. Nur wenn Investitionen mit Bankkrediten finanziert werden, kommt dieses "neu entstandene" Kapital dem Wirtschaftswachstum als zusätzlicher Nachfrageschub zugute.

Deshalb bewirken auch Steuergeschenke oder Einkommenserhöhungen grundsätzlich nichts, weil lediglich andere Personen das gleiche Geld ausgeben. Derartige Ausgabenprogramme basieren ausschließlich auf der Hoffnung, dass dadurch neue zusätzliche Investitionen angestoßen werden. Wenn die Bürger jedoch keine zusätzlichen Schulden mehr verkraften oder kein Vertrauen in die Zukunft haben, wird das nicht funktionieren.

Wenn der Staat sich durch die Ausgabe von Staatsanleihen im eigenen Land verschuldet, bringt das ebenfalls nichts, weil jeder Euro, den die Regierung in die Wirtschaft "pumpt", durch den Kauf der Staatsanleihen sofort wieder abgezogen wird. Gleiches gilt für Investitionen aus vorhandenen Sparanlagen. Auch dieses Geld wird woanders entzogen, weil es ja bereits "arbeiten" und Zinsen einbringen muss. Der Nettoeffekt ist jedesmal Null. Darin wird auch ein Grund für die Erfolglosigkeit der japanischen Ausgabenpolitik gesehen.

Deshalb machen die Ausgabenprogramme der Regierungen tatsächlich nur Sinn, wenn es sich um neue Kredite handelt.

Auch die Inflation beseitigt keine Schulden. Alle Schulden, die für eine Inflation überhaupt erst die Voraussetzung sind, sind schließlich immer noch real vorhanden. Einzelne Personen können durchaus davon profitieren. Der Staat als Ganzes kann sich jedoch durch Inflation nicht entschulden, sondern letztlich nur durch eine Währungsreform oder einen Bankrott.

In diese Richtung bewegen sich bekanntlich die USA. Kommt es dazu, sind natürlich die weltweiten Devisenreserven und Anleihen nichts mehr wert, weil entweder der Wert des Dollars massiv einbricht oder der Schuldner USA ganz ausfällt.

Die "Fed"

Der zweite "Spielverderber" sind die Banken. Dazu machen wir zunächst einen Sprung ins Jahr 1913.

Im Jahr 1913 wurde Woodrow Wilson zum 28. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Im Gegenzug für die finanzielle Unterstützung einflussreicher Bankiers wie Warburg, Morgan, Rockefeller und Rothschild unterschrieb Wilson noch im gleichen Jahr den von den Bankiers entworfenen "Federal Reserve Act". Zwei Tage vor Weihnachten, als sich bereits viele Senatoren in den Weihnachtsferien befanden, wurde dieser "Federal Reserve Act" verabschiedet und von Präsident Wilson zu geltendem Recht gemacht.

Die mächtigste Zentralbank der Welt, das US-amerikanische "Federal Reserve System" (Fed) wurde also 1913 von einem PRIVATEN Bankenkartell gegründet. Auch wenn der US-Präsident formal den Chef der Fed ernennt, hat sich bis heute nichts daran geändert.

Im Jahr 1919 sagte Präsident Wilson dazu voller Bedauern: "Ich bin ein sehr unglücklicher Mann. Ich habe unbeabsichtigt mein Land ruiniert. Eine großartige Industrienation wird nun kontrolliert durch das Kreditsystem. Wir sind keine Regierung der freien Meinung mehr, keine Regierung der Überzeugungen und der Mehrheitsentscheide mehr, sondern eine Regierung, die bestimmt wird von der Meinung und Kontrolle einer kleinen Gruppe mächtiger Männer."

Wieso hat er das gesagt?

Die Macht der Banken

Schauen wir uns die Entwicklung bis zum Jahr 1929 etwas genauer an:

- 1914-1919 erhöht die Fed die Geldmenge um fast 100 %.
- 1919 wird die Geldmenge massiv reduziert, indem massenhaft Kredite gekündigt werden. Die Folge: Bankruns, Pleiten, Wirtschaftskollaps. Dazu sagte der Kongressabgeordnete Charles Lindbergh 1921: "Durch den Federal Reserve Act kann eine Panik künstlich erzeugt werden. Die aktuelle Panik ist die erste künstlich herbeigeführte, und zwar nach Berechnung einer mathematischen Gleichung."
- 1921 bis 1929 wurde die Geldmenge erneut kräftig verändert. Ein neuer Renner der Banken waren die "Margin Loans" - Aktienkäufe zu 90 % auf Kredit! Die Kredite konnten durch einen "Margin Call" jederzeit gekündigt werden und mussten innerhalb von 24 Stunden bezahlt werden. Das erzwang normalerweise den sofortigen Verkauf der auf Kredit gekauften Aktien.
- Wenige Monate vor (!) dem berühmten Oktober 1929 verließen Bankiers wie Rockefeller den Aktienmarkt.
- Ab 24. Oktober 1929 begannen die Banker, die den Verkauf der "Margin Loans" kräftig angeheizt hatten, diese massenhaft zu kündigen. Die Folge: Erneut Panik, Bankruns und der Zusammenbruch von mehr als 16.000 Banken. Die Bankiers konnten auf diese Weise Konkurrenzbanken günstig aufkaufen und ganze Unternehmen für einen Bruchteil ihres Wertes übernehmen. Viele Leute bezeichnen das als den größten Raub der amerikanischen Geschichte.

Nicht nur Präsident Wilson bereute seine Entscheidung. Bereits 1802 schrieb Thomas Jefferson, der 3. Präsident der USA und hauptsächlichlicher Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung:

"Wenn das amerikanische Volk es den Bankiers jemals gestattet, die Herausgabe der Währung zu kontrollieren, dann werden die Banken und die Konzerne wachsen und den Bürgern sämtlichen Besitz nehmen, bis ihre Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter erobert haben."

Damit kommen wir zum dritten Problem. Sowohl die Notenbanken als auch die privaten Geschäftsbanken sind in der Lage, nahezu unbegrenzt Geld aus dem Nichts zu erschaffen, es aber ebenso schnell wieder zu entziehen, indem sie Kredite kündigen. Damit hängen sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft von den Banken ab, die einen funktionierenden Geldfluss ermöglichen müssen. Geld regiert die Welt und das ganze künstlich geschaffene und durch nichts gedeckte Giralgeld der Banken hat nur ein Ziel: den Eignern der Banken fette Profite einbringen. Unter diesen Umständen kann man nicht wirklich von einer "freien Marktwirtschaft" sprechen.

Es ist zudem völlig absurd, dass sich Staaten von privaten (!) Banken Geld leihen, welches diese gar nicht besitzen (!) und dafür obendrauf noch Zinsen zahlen, obwohl sie das Geld selbst zinslos "drucken" könnten. Immerhin sind die Staatsschulden einer der größten Brocken im Schuldensystem.

Neoliberalismus und freie Wirtschaft

Der sogenannte Neoliberalismus sieht in der freien Marktwirtschaft das optimale System. Soweit stimme ich zu.

Der Neoliberalismus verlangt allerdings darüber hinaus die völlige Deregulierung aller Finanzmärkte, absolut freien Handel zwischen den Staaten sowie die vollständige Globalisierung. Und das ist - vorsichtig formuliert - ein ziemlicher Unfug. In diesem Fall werden Gier, Machtstreben und kriminellen Handlungen sämtliche Türen geöffnet. Und das kann nur zu Lasten der Schwächeren gehen.

Auf den Punkt gebracht strebt der Neoliberalismus die Erzielung der höchstmöglichen Rendite um jeden Preis (!) an. So etwas hat nicht mehr das Geringste mit einer freien Marktwirtschaft zu tun. So etwas ist moderne Kriegsführung mit finanziellen Waffen. Ausbeutung soll unter dem Deckmantel der freien Marktwirtschaft versteckt werden. Auf die Methoden und den Anteil, den der Internationale Währungsfonds und die Weltbank an der Ausbeutung zahlreicher Entwicklungsländer haben, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen.

Die Zinsen abschaffen?

Es kursieren diverse Vorschläge, die Zinsen oder das Geld ganz abzuschaffen. Schon Silvio Gesell sah in den Zinsen das arbeitslose Einkommen der Besitzenden, die dadurch immer reicher wurden. Er wollte das abschaffen und stattdessen sogar Strafzinsen auf gehortetes Geld erheben, damit es auch investiert wird.

Dabei hat der Zins durchaus eine sinnvolle Funktion. Wenn nämlich jemand Überschüsse besitzt und an andere Personen verleiht, muss ihm ein möglicher Wertverlust bei der späteren Rückgabe vom Schuldner erstattet werden. Das geschieht durch den Zins. Der Zins sorgt also dafür, dass der Gläubiger sich zum Zeitpunkt der Rückzahlung nicht schlechter stellt als zum Zeitpunkt der Ausleihe.

Ganz abgesehen davon benötigt niemand Geld, um "Zinsen" kassieren bzw. sich "ohne Arbeit" bereichern zu können, wie das folgende Beispiel des Holzfällers zeigt:

Irgendwo in den kanadischen Wäldern baut sich ein Holzfäller eine einfache Blockhütte und überwintert dort. Im Frühjahr arbeitet er wieder als Holzfäller. In seiner Blockhütte lässt er Abenteuerurlauber "kostenlos" wohnen. Dafür müssen diese ihm nebenbei eine zweite einfache Blockhütte bauen. Im Jahr darauf kann er deshalb schon zwei Hütten "vermieten", die ihm zwei weitere Hütten einbringen. Und wenn er genug Hütten zusammen hat, verkauft er sie oder vermietet sie gegen Geld. So kann man auch ohne Geld, ohne Zinsen und ohne Arbeit "Kapitalist" werden. Die Abschaffung von Geld und Zinsen würde also noch gar nichts bringen.

Realwirtschaft und Finanzwirtschaft

Ausgerechnet die "Abschaffung der Zinsen", nämlich die Niedrigzinspolitik der US-Notenbank, ist ein weiteres Puzzleteil der ganzen Misere, Problem Nummer vier. Die Folge war wie in den 20er Jahren eine enorme Ausweitung der Geldmenge. Wenn aber die Geldmenge über einen längeren Zeitraum deutlich stärker wächst als die Wirtschaft (das reale BIP-Wachstum der letzten 100 Jahre liegt in den USA bei durchschnittlich 3,2 % pro Jahr), dann treten zwei Probleme auf.

Problem Nr. 1: Die Absicherungen der Kredite können mit dem exponentiellen Wachstum der Schulden nicht mehr Schritt halten. Die Banken müssen sich folglich mit immer geringeren Sicherheiten begnügen, die Qualität der Schulden wird immer schlechter und die Anzahl der faulen Kredite steigt. Wenn aber einem Kredit von 100.000 Dollar gerade mal 3.000 Dollar an Eigenkapital gegenüberstehen und gleichzeitig die hinterlegten Sicherheiten nichts wert sind, ist die Pleite praktisch vorprogrammiert.

Problem Nr. 2: Das viele Kapital findet in der Realwirtschaft nicht mehr genügend sinnvolle Anlagemöglichkeiten, wenn die Wirtschaft nicht schnell genug mitwächst. Die begrenzten Ressourcen und Absatzmärkte ermöglichen dem Gesamtvermögen nun einmal kein dauerhaftes Wachstum von 20 Prozent und mehr. Also fließt immer mehr Kapital heraus aus der Realwirtschaft und hinein in die internationalen Finanzmärkte. Dort wird es aber nicht wirklich "investiert", sondern nur kurzfristig in immer neue spekulative Finanzgeschäfte gesteckt. Dabei werden keinerlei neuen Werte geschaffen. Die Kurssteigerungen gaukeln zwar einen Vermögenszuwachs vor, aber der existiert tatsächlich überhaupt nicht. Die spekulativen Papiere wechseln lediglich permanent ihre Besitzer.

Wenn ein Anleger für 1.000 Euro Aktien kauft, verlässt der Verkäufer gleichzeitig mit genau diesen 1.000 Euro den Markt. Es wird also kein einziger Cent Mehrwert geschaffen. Ein Nullsummenspiel, bei dem die Vermögen lediglich neu verteilt werden, weil der eine gewinnt, was der andere verliert.

Aufgrund der Überflutung mit Geldern bei wenig gutem Angebot kommt es zu Übertreibungen, Fehlentwicklungen und Blasen, die schließlich wieder platzen und so für die notwendige Bereinigung sorgen.

Einbrechende Aktienkurse vernichten dabei natürlich ebenfalls keinen einzigen Cent. Es findet lediglich wie oben beschrieben eine Umverteilung statt. Reale Verluste entstehen nur durch Firmenpleiten, wertlos verfallende Derivate, leerstehende Immobilien, nicht rückzahlbare Wertpapierkredite, wertlose Beteiligungen an unsinnigen Projekten und so weiter. Auf diese Art werden Vermögen und damit gleichzeitig Schulden vernichtet. Der Auslöser für solche Bereinigungen kann ein Zufall sein, aber von großen Adressen ebenso gut auch inszeniert werden.

Lässt man jedoch diese notwendigen "kleinen Entladungen" nicht zu, baut sich das logischerweise zu einer immer größeren Krise auf, die irgendwann explodiert. Und genau das erleben wir nun gerade.

Die Schere zwischen Arm und Reich

Die Aufgabe des Staates sollte darin bestehen, seine Bürger zu schützen. Stattdessen hat sich der Staat vor allem in den USA eindeutig auf die Seite des Kapitals gestellt. Das ist Problem Nummer fünf.

Mit Hilfe der Globalisierung sowie sinnloser Deregulierungen und Steuergesetze hat der Staat es den mächtigen Banken und Konzernen ermöglicht, die "Schwachen" und "Gutgläubigen" auszurauben - genau so, wie Thomas Jefferson das schon 1802 beschrieben hat.

Der Durchschnittsbürger wurde mit allen Mitteln dazu aufgefordert, motiviert und manipuliert, völlig über seine Verhältnisse zu leben und im Materialismus seine neue Erfüllung zu sehen. Gleichzeitig wurde ihm suggeriert, dass jeder Bürger durch Spekulation reich werden kann. Investmentbanker wurden zu Stars.

Die Globalisierung wurde genutzt, um die Löhne unten zu halten, während die Vorstandsgehälter explodierten. Die Selbstbedienung der Manager wurde Normalzustand und die Politiker schauten tatenlos zu bzw. profitierten sogar direkt oder indirekt davon.

Das, was sich bei den relativ wenigen Reichen und Superreichen zu immer größeren Vermögen anhäuft, wird den unteren und mittleren Schichten direkt oder indirekt entzogen. Das ganze Geld der amerikanischen Durchschnittsbürger geht mittlerweile für Zinsen, Steuern und Inflation drauf.

Deflation durch Verarmung

Fakt ist jedoch, dass gerade die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten ihr Geld ausgeben, während die wenigen Reichen ihr Geld eher horten. Die Gefahr einer Deflation ist also dann besonders groß, wenn die Mehrheit der Bevölkerung verarmt. Da kann "oben" die Geldmenge noch so groß sein. Solange sie nicht wirklich "investiert" wird, hat sie volkswirtschaftlich betrachtet nicht den geringsten Nutzen.

Auch das "Geld drucken" der Notenbanken ist - wie bislang zu sehen ist - keine Garantie dafür, dass eine Deflation verhindert werden kann. Denn wenn die Banken das Geld horten und keinen Cent davon in den Wirtschaftskreislauf geben oder nur damit spekulieren, gibt es kein Wachstum.

In diesem Fall könnte der Staat zwar eingreifen und über eine Staatsbank direkt Kredite vergeben. Wenn aber niemand das Geld investieren oder verkonsumieren will, weil er Angst vor Verlusten hat oder ganz einfach keinen Sinn darin sieht, kann niemand etwas dagegen tun.

Ganz abgesehen davon sollte der Staat ohnehin nur im Notfall eingreifen, denn er ist weder der bessere Unternehmer noch der bessere Banker - auch wenn er das glaubt.

Anfang der dreißiger Jahre besaßen die wohlhabendsten 0,1 Prozent der Amerikaner fast 40 Prozent des gesamten Vermögens. Heute besitzt das oberste 1 Prozent bereits wieder 40 Prozent. Den oberen 10 Prozent gehören rund 70 Prozent des Vermögens, während die unteren 40 Prozent gar nichts mehr haben.

Diese extrem ungleiche Verteilung hat ebenfalls einen erheblichen Anteil an der aktuellen Krise. Weil die Reichen zu reich geworden sind, wissen sie nicht, wohin mit ihrem Geld. Sie suchen ständig nach neuen Anlageprodukten und beginnen zu spekulieren mit den oben beschriebenen Folgen.

Parallel dazu sind die Armen und der Mittelstand in Amerika zu arm geworden, um weiter in diesem Ausmaß konsumieren zu können. Wer gesellschaftlich mithalten wollte, musste Kredite aufnehmen für das Studium der Kinder, für die Krankenversicherung, für den Geländewagen und für das Haus. Nur irgendwann kommt der Punkt, an dem das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

Zusammenfassung

Die tieferen Ursachen der Krise:

- Die grenzenlose private Geldschöpfung aus dem Nichts ohne irgendeine Deckung oder ausreichende Sicherheiten
- Das Nichtzulassen der Regierungen von normalen und notwendigen Abschwüngen
- Das Auseinanderdriften von Geldmengen- und Wirtschaftswachstum
- Die ausufernde Spekulation des Großkapitals zu Lasten der Realwirtschaft
- Der Neoliberalismus (Raubtier- oder Turbokapitalismus) statt freier und sozialer Marktwirtschaft nach klaren "Spielregeln"
- Das Nichtverstehen(wollen) der Eliten

Daraus ergaben sich folgende Probleme:

- Mit Hilfe der Regierungen konnten die Banken und Konzerne zu einer Größe anwachsen, mit der sie das Gesamtsystem gefährden, die sie selbst aber unantastbar macht. Da noch immer nichts dagegen unternommen wird, werden die überlebenden Banken und Unternehmen nach der Krise noch mehr an Größe und Marktmacht gewonnen haben. Das vergrößert die Gefahren statt sie einzugrenzen.

- Das viele überflüssige Geld floss in unsinnige und unproduktive Projekte und sorgte für die spekulativen Exzesse sowie die Umverteilung des Vermögens von unten nach oben. Das volkswirtschaftlich absolut schädliche und vielfach extrem kriminelle Fehlverhalten der Verantwortlichen wurde nicht bestraft, sondern mit horrenden Prämien belohnt.
- Die Regierungen haben es versäumt, klare Spielregeln zum Schutz ihrer Bürger zu erstellen und damit eine freie und soziale Marktwirtschaft zu gewährleisten.
- Die Regierungen haben alles dafür getan, dass die Einkommen und Vermögen der Reichen im Vergleich zum Wirtschaftswachstum explodiert sind. Die Schere arm/reich öffnet sich immer schneller und die Schuldner können die Zinslast für die Erträge der Reichen irgendwann nicht mehr aufbringen. Der Punkt, an dem der Reichtum durch Mehrleistung gerechtfertigt werden kann, ist weit überschritten. Wenn sich hier nichts ändert, werden Unruhen und Aufstände weltweit zunehmen.

Die Regierungen dürfen keine Größe von Banken und Konzernen mehr zulassen, die keinen Konkurs mehr erlaubt. Manager dürfen nicht mehr ungestraft die Firmenkasse der Aktionäre plündern. Die Regierungen müssen Marktberichtigungen zulassen und dürfen die Verluste aus misslungenen Spekulationsgeschäften nicht mehr übernehmen (zumal für wichtige Dinge wie Ausbildung oder Gesundheit das Geld fehlt). Private Geschäftsbanken dürfen nicht ohne ausreichende Sicherheiten unendlich viel Geld aus dem Hut zaubern können und damit das ganze System gefährden. Derivate, die kaum jemand versteht, dürfen nicht in derartigen Dimensionen unkontrolliert um den Globus fliegen. Die Spareinlagen der Bürger müssen wirklich sicher sein. Der Staat muss das Allgemeinwohl im Blick haben und darf nicht der Geldeintreiber für das Kapital sein.

Soweit die Theorie. Da wir aber mittlerweile in einer "globalisierten" Welt leben, machen solche Beschlüsse nur Sinn, wenn alle Regierungen das umsetzen. So wie es in jedem Land Krisengewinner geben wird, wird es in unserer globalisierten Welt auch Länder und Branchen geben, die als Gewinner aus der Krise hervorgehen. Insofern habe ich diesbezüglich berechtigte Zweifel.

Ausblick

Wir haben es mit zwei völlig unterschiedlichen Problemen zu tun: Mit einer lange überfälligen Rezession und mit einer systemgefährdenden Bankenkrise.

Seit den 90er Jahren wurde mit immer mehr Schulden ein künstlicher Aufschwung geschaffen, der keine reale Basis hatte. Das führte über diesen langen Zeitraum zu extremer Überschuldung, teuren Fehlinvestitionen und gewaltigen Überkapazitäten. Das alles muss nun bereinigt werden, wodurch reale Werte unvorstellbaren Ausmaßes vernichtet werden.

Allerdings können die Folgen einer jahrzehntelangen Schuldenorgie nicht in wenigen Monaten aus der Welt geschafft werden. Ein solcher Prozess wird viele Jahre dauern.

Auf der anderen Seite führten die Globalisierung, die Niedrigzinspolitik sowie die starke Deregulierung des Bankensektors zu einem Schattenbankensystem mit Investmentbanken, Hedgefonds und Zweckgesellschaften sowie all den bekannten Auswüchsen. Diese haben sich aufgrund der gigantischen spekulativen Hebelgeschäfte auf Pump zu einer systemgefährdenden Bankenkrise entwickelt. Hier ist die Politik gefordert.

Wie ich die weitere Entwicklung einschätze und wie Sie als Anleger erfolgreich durch die Krise kommen, erfahren Sie in meinem wöchentlich erscheinenden Börsenbrief.

(Dieser Beitrag wurde am 16.12.2008 geschrieben.)

Anfang der 30er Jahre haben viele Anleger 90 % Ihres Vermögens verloren. Sie hätten mit den sieben mehrwöchigen Rallyes aber auch mehr als 300 % gewinnen können.

ABSOLUTE RETURN BÖRSENBRIEF, Ausgabe vom 16.12.2008

Autor: WOLFGANG DAHM

SCHILLERSTRASSE 30 · D-64625 BENSHEIM

TEL. (06251) 788904 · FAX (06251) 788905

eMail: info@absolute-return-invest.de

<http://www.absolute-return-invest.de>

Haftungsausschluss: Der Inhalt des Beitrags wurde sorgfältig recherchiert. Eine Haftung für die Richtigkeit der Angaben ist dennoch ausgeschlossen. Nachdruck und Veröffentlichung bitte nur nach Rücksprache mit dem Autor.